

Konzeptskizze Podiumsdiskussion „Beratung und Beschwerden – Wie schaffen wir Zugang für Psychiatrie-Erfahrene und ihre Angehörigen?“

im Rahmen des 18. Kongress Armut und Gesundheit
„Brücken bauen zwischen Wissen und Handeln: Strategien der Gesundheitsförderung“
Mittwoch, 06.03.2013, 11.30 – 13.00 Uhr
Technische Universität Berlin

Programm:

Input: Praxiserfahrung einer professionell arbeitenden Beschwerdestelle
Petra Rossmanith, BIP – Beschwerde- und Informationsstelle Psychiatrie in Berlin

Anschließend Podiumsdiskussion mit:

Karin Knufmann-Happe, Bundesministerium für Gesundheit, Berlin
Heinrich Beuscher, Landesbeauftragter für Psychiatrie, Berlin
Ruth Fricke, Bundesnetzwerk Unabhängiger Beschwerdestellen Psychiatrie
Rainer Sbrzesny, Bundesgeschäftsstelle UPD – Unabhängige Patientenberatung Deutschland

Moderation:

Gabriele Sauermann, Referentin für Psychiatrie, Paritätischer Gesamtverband
Patrizia di Tolla, Vorstand Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP)

Thematischer Hintergrund:

- Patient/innen sind im heutigen Gesundheitswesen oftmals mit vielfältigen gesundheitsbezogenen Informationen und z.T. auch Lücken und Mängeln konfrontiert. Eine Beratung, die Patient/innen qualitativ hochwertig informiert und auch in Konflikten mit den professionellen Akteuren begleitet, ist daher von hoher Relevanz
- Vor diesem Hintergrund wurde die UPD – Unabhängige Patientenberatung Deutschland 2011 in die Regelversorgung übernommen und mit 21 Beratungsstellen im gesamten Bundesgebiet verankert. Die UPD versteht sich als Wegweiser und Lotse durch das Gesundheitssystem, der Patient/innen stärkt und dazu befähigt, ihre Interessen wahrzunehmen und eigenständig zu handeln
- Psychiatrische Nutzer/innen und Betroffene sind eine Zielgruppe mit besonderem Beratungsbedarf. Zudem werden in psychiatrischen Fachkliniken und psychiatrischen Stationen der Allgemeinkrankenhäuser zum Teil auch therapeutische oder medizinische Interventionen ohne oder gegen den Willen der Patient/innen durchgeführt
- Die Beratung und das unabhängige Beschwerdemanagement bedarf daher besonderer Ressourcen (z.B. Rechtsberatung) und spezieller Schulung im Umgang mit den Nutzer/innen, Betroffenen und deren Angehörigen, die sich nicht selten in krisenhaften Situationen befinden

In der Diskussion sollen daher folgende Fragen thematisiert werden:

- Kann der Bedarf der psychiatrischen Nutzer/innen und Betroffenen von den bestehenden Strukturen der Patientenberatung und -beschwerdestellen abgedeckt werden? Wie stellt sich die Situation aus Sicht der UPD als bundesweit zentraler Einrichtung der Patientenberatung dar?
- Wie können ergänzend passende Strukturen aussehen?
- Wie können diese Strukturen in die Praxis gebracht und möglichst bundesweit ausgerollt werden?
- Welche Akteure stehen hier in der Verantwortung?